

Erneuerbare Energien

## Bürger sollen beim Klimaschutz mitreden können – auch im Dreisamtal

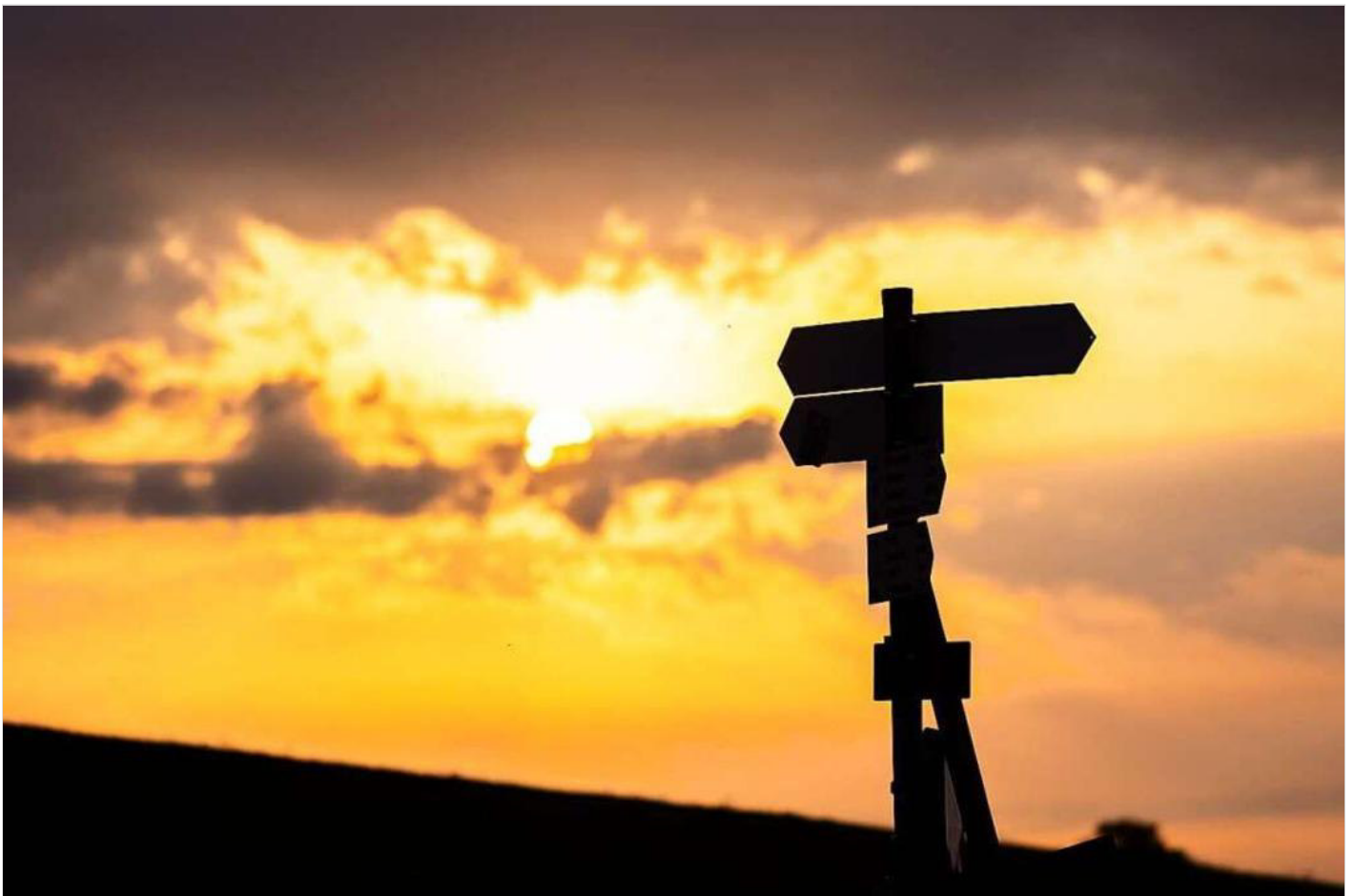


Von Michael Dörfler

Fr, 29. Oktober 2021 um 14:00 Uhr

Oberried

**BZ-Plus | Der Oberrieder Gemeinderat stimmt der Bildung eines regionalen Klimarats mit Bürgerinnen und Bürgern zu. Auch in anderen Dreisamtalgemeinden steht das Thema auf der Agenda.**



Welche Richtung die Politik in Sachen Klimaschutz einschlagen soll, soll ein Bürgerrat mitentscheiden. Foto: Philipp von Ditfurth

Der Oberrieder Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung der Bildung eines regionalen "KlimabürgerInnenrats" zum Thema "100 Prozent erneuerbare Energien in der Region Freiburg" zugestimmt. An das Mitmachen ist jedoch die

Bedingung geknüpft, dass sich mindestens zehn Umlandgemeinden einschließlich der Stadt Freiburg beteiligen. Sind die Voraussetzungen erfüllt, soll der neu zu bildende Bürgerrat im kommenden Jahr mit seiner Arbeit beginnen.

## Knappe Entscheidung mit vier Ja- und zwei Nein-Stimmen

Die Entscheidung war eine knappe: Mit vier Ja- und zwei Nein-Stimmen im Gepäck konnten die eigens nach Oberried angereisten drei Initiatorinnen wieder ihren Heimweg antreten. Zufrieden mit dem Votum zwar, aber zuvor doch mit einigen Einwänden konfrontiert. Der wichtigste vielleicht: Kann ein solcher, hierzulande noch ohne politische Legitimation ausgestatteter Bürger- und Bürgerinnenrat die institutionellen Gremien auf kommunaler-, Länder- und Bundesebene überhaupt beeinflussen und womöglich zu bestimmten Handlungen treiben?

Ewald Zink (FWG) und Albert Rees (SPD) hatten da ihre Zweifel. "Wir sind hier nicht in der Schweiz", gaben sie zu bedenken. Dort können die Bürger mittels Volksinitiative und Referendum auf die Tätigkeit der staatlichen Behörden direkten Einfluss nehmen. In Deutschland kennt man das nicht. Vom Volk gewählte Vertreter entscheiden in der repräsentativen Demokratie über Wohl und Wehe der Politik. Dem möchten die Initianten des Bürgerrats jetzt ein Stück weit entgegenwirken.

"Bei radikalen Forderungen geraten Politiker nicht selten in eine Dilemmasituation."

*Gabriele Michel*

Ihrer Definition zufolge hat Deutschland gar keine repräsentative Demokratie, da etwa von den Parlamentariern 80 Prozent über einen Hochschulabschluss verfügen, die statistische Wirklichkeit in der Gesamtbevölkerung jedoch gerade andersherum sei. Das sagt jedenfalls Gabriele Michel, die in Freiburg als Autorin und Seminarleiterin tätig und eine der Initiatorinnen ist. Ihrer Erfahrung nach würden heikle Themen aus Gründen des Machterhalts und der Parteiräson von Politikern oftmals stiefmütterlich behandelt. "Bei radikalen Forderungen geraten

Politiker nicht selten in eine Dilemmasituation", sagt Michel.

Solche Bürger- und Bürgerinnenräte gibt es schon. In Irland, Australien, Belgien und Kanada zum Beispiel, wo sie durchaus ins politische Tagesgeschäft eingreifen konnten. Auch in Deutschland gab es schon einige Versuche. Dass in Irland jetzt gleichgeschlechtliche Ehen möglich sind und auch das Abtreibungsrecht liberalisiert wurde, sei der Arbeit eines solchen Gremiums zu verdanken, so Michel. Die Forderung nach 100 Prozent erneuerbarer Energien in der Region Freiburg halten die Initiatorinnen "für sinnvoll und erstrebenswert", auch um ein Zeichen nach außen zu setzen. Die Mehrheit der Bevölkerung sei diesem Ziel gegenüber nicht abgeneigt.

## Der Rat sollte 69 Teilnehmer aus Stadt und Umland umfassen

69 Teilnehmer soll ein solcher Rat in der Region umfassen, zwei Drittel davon aus den Umlandgemeinden, das restliche Drittel aus der Stadt Freiburg. Damit soll sichergestellt werden, dass die Stadt die Handlungsstrategie nicht an sich reißt, sich die kleineren Gemeinden ringsherum besser und nachdrücklicher einbringen können. Gemeinden wie Merzhausen haben ein Mitmachen bereits beschlossen, jetzt soll das Dreisamtal entsprechend gewonnen werden. Stegen, Buchenbach und Kirchzarten stehen neben Oberried auf der Liste. Wohl im November werden sich die dortigen Gemeinderäte mit dem Thema befassen. Ein zu wählendes, sechs Köpfe umfassendes Aufsichtsratsgremium soll die Bemühungen der einzelnen Arbeitsgruppen begleiten und koordinieren.

## Keine juristischen Verbindlichkeiten

Wie beispielsweise die drei Personen ausgesucht werden, die später einmal für Oberried in den Bürgerrat einziehen sollen, darüber machte sich der Gemeinderat noch keine Gedanken. Man hofft da auf interessierte Bürger, die sich freiwillig für einen solchen Job bewerben und entsprechende Empfehlungen abgeben möchten. "Man kann da viel über Ideen lernen, die Bürger bereit sind mitzutragen", sagt Michel. Nicht selten gingen diese über von Politikern erhobene Forderungen weit hinaus.

Klar ist, dass von einem solchen Ratsgremium ausgesprochene Empfehlungen keine juristischen Verbindlichkeiten haben. Eine Ablehnung entsprechender Ideen müsse jedoch von der Politik begründet werden. Der Bürger- und Bürgerinnenrat habe gleichwohl eine demokratisierende Wirkung. Leute, die keinen Bezug zueinander hätten, debattierten miteinander

und machten sich Gedanken darüber, wie Menschen miteinander leben wollen, so Michel. Ziel sei eine neue, zusätzliche Repräsentanz: "Es sollen nicht immer nur die zu Wort kommen, die sowieso stets den Finger heben."

## Kostenbeteiligung entsprechend der Einwohner im Rat

Klar geregelt ist auch, dass die Gemeinderäte und Verwaltungen der mitmachenden Gemeinden über die Debatten im Rat der Bürger auf dem Laufenden gehalten werden. Zahlen muss eine Gemeinde auch. So ist daran gedacht, dass ein noch zu suchender Dienstleister die Arbeiten nicht nur koordiniert, sondern auch auf die Suche nach möglichen Sponsoren geht. Die Kostenbeteiligung der teilnehmenden Gemeinden erfolgt entsprechend der Zahl der in den Bürgerrat entsendeten Einwohnern. Je nach Gemeindegröße dürfte es sich um ungefähr 1000 Euro pro Person drehen. Alles in allem rechnet Oberried laut Bürgermeister Klaus Vosberg mit 4000 Euro, die er in den Haushalt 2022 aufnehmen möchte.

LIVE ABSTIMMUNG  97 MAL ABGESTIMMT

### Welcher Partei rechnen Sie die größte Kompetenz beim Thema Klimawandel zu?

<input type="radio"/>	CDU/CSU
<input type="radio"/>	SPD
<input type="radio"/>	AfD
<input type="radio"/>	FDP
<input type="radio"/>	Die Linke
<input type="radio"/>	Die Grünen

Badische  Zeitung

OPINARY. 

Ressort: **Oberried**

Zum Artikel aus der gedruckten BZ vom Fr, 29. Oktober 2021:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

» Webversion dieses Zeitungsartikels: [Bürger sollen mitreden können](#)

## Kommentare

Bitte legen Sie zunächst ein Kommentarprofil an, um Artikel auf BZ-Online kommentieren zu können.